DAS EG-GERICHTSSTANDS- UND VOLLSTRECKUNGS- ÜBEREINKOMMEN — ANWENDUNG VON AMTS WEGEN?

Vortrag vor dem Europa-Institut der Universität des Saarlandes

Saarbrücken, 23. April 1985
Einleitung


Der gegenwärtige Rechtzustand wird sich im Übrigen weiter ändern, wenn das Übereinkommen vom 19. Juni 1980 über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht in Kraft tritt oder wenn es schon vorher von einigen Vertragsstaaten im Alleingang in die nationale Gesetzgebung übernommen wird. Dieses IPR-Übereinkommen wird insbesondere bedeutsam für die Beantwortung der Frage, welches Recht ist maßgebend für die Bestimmung des Erfüllungsortes. Der Erfüllungsort begründet nach Art. 5 Nr. 1 EuGVO einen Wahlgerichtsstand für vertragliche Schuldverhältnisse.

Der Vollständigkeit halber darf ich anmerken, daß mit der Unterzeichnung des Übereinkommens über den Konkurs, Vergleiche und ähnliche Verfahren, welches das EuGVO ergänzen sollte, vorerst nicht gerechnet werden kann. Bedenken an seiner Praktikabilität und Reformen der Konkursordnungen in

1. Zielsetzung und Zweck des EuGVO

1.1. Den Ausgangspunkt für die Ausarbeitung des EuGVO bildete Artikel 220 Unterabsatz 4 des EWG-Vertrages. Darin haben sich die Mitgliedstaaten verpflichtet, Verhandlungen einzuleiten, um zugunsten ihrer Staatsangehörigen die Förmlichkeiten für die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung richterlicher Entscheidungen zu vereinfachen.

Freizügigkeit gerichtlicher Entscheidungen ebenfalls herzustellen.


1.3. Mit der Erweiterung der Gemeinschaft von sechs auf neuen Mitgliedstaaten begannen 1973 sofort die Verhandlungen über die "erforderlichen Anpassungen" des Obereinkommens\textsuperscript{13}. Es blieb jedoch nicht bei rein technischen Anpassungen. Es wurden u.a. der Katalog der besonderen Zuständigkeiten verlängert und ergänzt, die Zuständigkeit für Versicherungssachen geändert und ergänzt, die Zuständigkeit für Abzahlungsgeschäfte auf Verbraucher-


2. Anwendungsbereich


2.2. Der sachliche Anwendungsbereich ist enger als das, was Art. 220 EWGV erlaubt hätte.

2.2.1. Von dem weiten Bereich der Zivil- und Handelssachen sind aus Gründen der Zweckmäßigkeit ausgeschlossen:
- der Personenstand,
- die Rechts- und Handlungsfähigkeit sowie die gesetzliche Vertretung von natürlichen Personen,
- die ehelichen Güterstände,
- das Erbrecht einschließlich des Testamentrechts.

Man wollte die Verhandlungen nicht mit diesen Gebieten belasten, auf denen häufig soziale und politische Erwägungen vor rein wirtschaftlichen und rechtlichen dominierten. Im Übrigen waren Teile dieser Bereiche bereits durch andere Konventionen, z.B. die der Haager Konferenz für internationales Privatrecht und des Europarats, abgedeckt.

2.2.2. Ausgeschlossen wurde ferner die Schiedsgerichtsbarkeit, für die nach Abschluß des UN-Obereinkommens vom 10. Juni 1958 über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche kein rechtes Bedürfnis zu bestehen schien.


2.2.4. Wegen der Schwierigkeit der Materie wurden für Konkurse, Vergleiche und ähnliche Verfahren ein besonderes Obereinkommen vorgesehen.

3. Zivil- und Handelssachen

verwenden zwar den Begriff Zivil- und Handelssachen, doch stellt sich bei ihnen das Qualifikationsproblem nur, wenn über die Vollstreckung einer ausländischen Entscheidung entschieden werden muß. Es genügte also, bestimmte Verwaltungsentscheidungen wie Steuerbescheide, Bußgeldentscheidungen und dergleichen auszunehmen. Dementsprechend wurde Art. 1 EuGVO ergänzt: "Es erfaßt insbesondere nicht Steuer- und Zollsachen sowie verwaltungsrechtliche Angelegenheiten".

3.2. Im übrigen muß der Gerichtshof von Fall zu Fall den sachlichen Anwendungsbereich präzisieren, wozu er bereits mehrmals Gelegenheit hatte. Bemerkenswert ist, daß der Gerichtshof den Begriff Zivil- und Handelssache autonom abgrenzen will, also weder auf das Recht des Urteilsstaates noch auf das Recht des Vollstreckungsstaates abstellt. Man kann diese Entscheidung bedauern. Denn es wäre zweifellos leichter, sich an die Qualifikation des Erstrichters zu halten als in mühsamer Rechtsvergleichung festzustellen, welche gemeinsamen Grundsätze sich aus den Rechtsordnungen der Vertragsstaaten ableiten lassen. Auch würde die Freizügigkeit der Entscheidungen gefördert, wenn man dem Richter im Vollstreckungsstaat den Zweifel an der Verpflichtung zur Vollstreckbarkeit bestimmter ausländischer Entscheidungen nehmen würde.

4. Struktur des Obereinkommens

5. **Die internationale Entscheidungszuständigkeit**

5.1 Das EuGVO enthält gemeinsame einheitliche Vorschriften über die internationale Entscheidungszuständigkeit. Der Zielsetzung des Vertrages "Freizügigkeit gerichtlicher Entscheidungen in der Gemeinschaft" entspricht das System der "convention double à règles de compétence directe" am besten. Denn dieses System dient dazu, Parallelverfahren und einander widersprechende Entscheidungen zu vermeiden. Es erlaubt, das Verfahren im Vollstreckungsstaat zu beschleunigen: Die Zahl der Gründe, aus denen die Anerkennung und Vollstreckung einer Entscheidung aus einem anderen Vertragsstaat verweigert werden darf, wird auf ein Mindestmaß beschränkt. Grundsätzlich dürfen weder die Rechtmäßigkeit der ausländischen Entscheidung (Art. 29 EuGVO) noch die Zuständigkeit des ausländischen Gerichts nachgeprüft werden (Art. 28 Abs. 3 EuGVO; Ausnahme Art. 28 Abs. 1 EuGVO). Im übrigen ist das einheitliche Verfahren zur Vollstreckbarkeitserklärung in seiner ersten Phase nicht kontradiktorisch (Art. 34 Abs. 1 EuGVO).

5.2 All dies ist nur zwischen Staaten möglich, deren Rechtstraditionen ähnlich sind, auf deren Gerichtsorganisation und Rechtsanwendung man vertrauen kann. Das EuGVO führt dazu, daß grundsätzlich alle in einem Vertragsstaat ergangenen Entscheidungen in den anderen Vertragsstaaten anerkannt und vollstreckt werden müssen, selbst wenn der Erstrichter nach dem EuGVO keine internationale Entscheidungszuständigkeit besaß oder in der Sache nicht richtig entschieden haben sollte. In diesen Fällen muß die unterlegene Partei alle Rechtsbehelfe und Rechtsmittel bereits im Urteilsstaat ausschöpfen.


5.4. Der Idee des gemeinsamen Binnenmarktes entspricht es, daß bei der Regelung der internationalen Entscheidungszuständigkeit danach unterschieden wird, ob eine Person ihren Wohnsitz in einem Vertragsstaat hat oder nicht. Das EuGVO definiert den Begriff des Wohnsitzes nicht. Es enthält in Art. 52 eine Rechtsanwendungsnorm. Danach entscheidet das angerufene Gericht nach seinem eigenen Recht, ob sich der Wohnsitz einer Partei im Hoheitsgebiet

5.5. Die Regelung der internationalen Entscheidungszuständigkeit geht davon aus, daß der Beklagte seinen allgemeinen Gerichtsstand in seinem Wohnsitzstaat hat.


5.7. Sehr detaillierte Regelungen enthält das EuGVO für Versicherungssachen.


5.9. Die ausschließlichen Zuständigkeiten des Art. 16 EuGVO werden im Zusammenhang mit der Frage behandelt, wie der Begriff von Amts wegen im EuGVO verwendet wird (vgl. Nr. 7.8.).

5.10. Die Zuständigkeit des Gerichts eines Vertragsstaats, das an sich keine internationale Entscheidungszuständigkeit nach dem EuGVO hat, kann auch durch stillschweigende Prorogation begründet werden, wenn sich der Beklagte auf das Verfahren einläßt (Art. 18 EuGVO). Als Einlassung wird nicht angesehen, wenn der Beklagte lediglich die Unzuständigkeit des ange- rufenen Gerichts geltend macht. Er kann, so der Gerichtshof, hilfsweise für den Fall, daß sich das Gericht für zuständig erklären sollte, auch zur Sache selbst Stellung nehmen. Die stillschweigende Prorogation ist ausgeschlossen bei den ausschließlichen Zuständigkeiten des Art. 16 EuGVO.


5.11.2. Nach der Fassung des EuGVO von 1968 muß die Vereinbarung stets schriftlich getroffen sein oder, wenn sie mündlich erfolgte, so muß sie wenigstens von einer Partei schriftlich bestätigt werden (Art. 17 Abs. 1 EuGVO). Der Gerichtshof hat zur Auslegung dieser Vorschrift schon mehrmals Stellung genommen. Er legt Art. 17 EuGVO eng aus, weil es sich um Abweichungen von den Art. 2 (Wohnsitz) sowie Art. 5 und 6 (Wahlgerichtsstände) handelt.

5.11.3. Gemäß Auslegung durch den Gerichtshof genügen Klauseln auf der Rückseite der Vertragsurkunde nicht, es sei denn, der von beiden Parteien unterzeichnete Vertragstext nimmt ausdrücklich Bezug auf die eine Gerichtsstandskausel enthaltenden allgemeinen Geschäftsbedingungen\(^23\).

Dem Formerfordernis ist im Falle eines mündlich abgeschlossenen Vertrages nur genügt, wenn die Bestätigung des Verkäufers, der er seine AGB beigefügt hat, vom Käufer seinerseits schriftlich angenommen worden ist. Das Schweigen des Käufers gegenüber der einseitigen Bestätigung durch den Verkäufer gilt hinsichtlich der Gerichtsstandskausel nicht als Annahme, es sei denn, der mündlich geschlossene Vertrag fügt sich in die laufenden Geschäftsbeziehungen ein, die zwischen den Parteien auf der Grundlage der eine Gerichtsstandskausel enthaltenden AGB einer Partei bestehen\(^24\).


5.11.4. Das Beitrittsübereinkommen von 1978 ändert und ergänzt Art. 17 EuGVO in drei wichtigen Punkten\(^26\).

Zweitens können Parteien, die beide ihren Wohnsitz in Drittstaaten haben, die Zuständigkeit der Gerichte oder eines Gerichts eines Vertragsstaats vereinbaren. Die Gerichte der anderen Vertragsstaaten, die nach dem EuGVO eine abdingbare Zuständigkeit hätten, müssen diese Gerichtswahl anerkennen, vorausgesetzt, daß sie nach dem EuGVO wirksam ist 27.

Drittens wurde eine Sonderregelung für "trusts" aufgenommen.

6. Anwendung von Amts wegen


Die Worte "von Amts wegen" in Art.1 Abs.1 dieses Entwurfs wurden auf Anregung der deutschen Delegation gestrichen; letztere wurde von anderen Delegationen unterstützt.

6.2. Sie finden sich nur noch in den Art. 19, 20 Abs.1 und 21 EuGVO sowie in den Art. 1 Abs.1 und V b) des Protokolls 30. In diesen Fällen muß sich das Gericht "von Amts wegen" für unzuständig erklären, wenn
- die Gerichte eines anderen Vertragsstaats nach Art. 16 EuGVO ausschließlich zuständig sind,
- der Beklagte mit Wohnsitz in einem anderen Vertragsstaat sich auf das Verfahren nicht einläßt und das angerufene Gericht keine Zuständigkeit nach dem EuGVO hat,
- derselbe Anspruch vor dem Gericht eines anderen Vertragsstaats bereits geltend gemacht worden ist,
- es sich um eine Streitigkeit zwischen dem Kapitän und einem Mitglied der Mannschaft eines in Dänemark oder Irland registrierten Seeschiffs handelt.\textsuperscript{31}

6.3 Die Streichung der Worte "von Amts wegen" in Art. 1 EuGVO geht offenbar auf die Befürchtung zurück, daß die Gerichte bei Beibehaltung dieser Worte dazu verpflichtet sein könnten, wie in einem Ermittlungs- oder Offizialverfahren, stets die entscheidungserheblichen Tatsachen und sonstigen Umstände von Amts wegen zu ermitteln, statt sich darauf zu beschränken, die Parteien aufzufordern, die notwendigen Nachweise zu erbringen (Beibringungsgrundsatz).

Die Streichung der Worte "von Amts wegen" in Art. 1 EuGVO ändert indessen nichts daran, daß die Vorschriften des Obereinkommens diejenigen des einzelstaatlichen Rechts verdrängen. "Die Gerichtsstände des EuGVO haben Vorrang vor den nationalen Gerichtsständen und begründen immer die internationale Zuständigkeit des danach zur Entscheidung berufenen Gerichts."\textsuperscript{32}

Dieses ist der Sinn der Worte in Art. 1 EuGVO: "Dieses Obereinkommen ist in Zivil- und Handelssachen anzuwenden". Nicht mehr und nicht weniger bezeichnete der Zusatz "von Amts wegen" im deutschen und "d'office" im französischen Text.

6.5. Im französischsprachigen Rechtsraum ist die Streichung dieser Worte bedauert worden. Hauptanlaß waren die Erfahrungen mit dem französisch-belgischen Gerichtsstands- und Vollstreckungsübereinkommen vom 8. Juli 1899\textsuperscript{33}. Dieses Abkommen stellt die Staatsangehörigen Belgiens und Frankreichs auf den Hoheitsgebieten dieser Staaten hinsichtlich der gerichtlichen Zuständigkeit grundsätzlich einander gleich. Der Grundsatz der Gleichbehandlung führt - von einzelnen gemeinsamen Zuständigkeitsvorschriften abgesehen\textsuperscript{34} - zur Anwendung der jeweiligen innerstaatlichen Vorschriften über die Zu-

7. Natur der Vorschriften des EuGVO

7.1. Das EuGVO ist in Zivil- und Handelssachen anzuwenden.

Art. 1 EuGVO ist eine Mußvorschrift. Inwieweit jedoch die einzelnen Bestimmungen des EuGVO ihrerseits Muß-, Soll- oder Kann-Vorschriften sind, ist jeder Bestimmung selbst zu entnehmen.

7.2. Der Grundsatz der Anwendungspflicht gilt sowohl für den Erstrichter, der seine internationale Entscheidungszuständigkeit nach dem EuGVO prüfen muß, ohne daß sich eine Partei darauf beruft, als auch für den Zweirichter, dem ein Antrag auf Vollstreckbarkeitserklärung einer Entscheidung aus einem anderen Mitgliedstaat vorliegt.

7.3. Grundsätzlich darf sich das Gericht nicht darauf verlassen, daß die von einer Partei vorgetragenen Tatsachen stimmen, aus denen sich die Zuständigkeit oder Unzuständigkeit des angerufenen Gerichts ergeben würde. Es muß vielmehr - auch von Amts wegen - feststellen, ob die wesentlichen Voraussetzungen seiner Zuständigkeit gegeben sind, und zwar anhand der Umstände, die eine Partei vorträgt.


7.7. Allen diesen Fällen ist gemeinsam, daß sie eine Auslandsbeziehung aufweisen müssen. Das EuGVO definiert die Auslandsbeziehung nicht. Sie wird sich in der Regel aus den besonderen Umständen des Rechtsstreits ergeben. Im Übrigen ergeben sich Merkmale für eine Auslandsbeziehung aus den einzelnen Vorschriften des EuGVO.

7.8. Das angerufene Gericht muß sich von Amts wegen für unzuständig erklären, wenn das Gericht eines anderen Vertragsstaats ausschließlich zuständig ist (Art.19 EuGVO). Das angerufene Gericht wird die ausschließliche Zuständigkeit der Gerichte eines anderen Vertragsstaats gemäß Art. 16
EuGVO aus dem Streitgegenstand entnehmen. Auf den Wohnsitz einer Partei kommt es nicht an, weil die ausschließlichen Zuständigkeiten des Art. 16 EuGVO ohne Rücksicht auf den Wohnsitz gelten, selbst dann, wenn der Beklagte außerhalb der Gemeinschaft wohnt.


7.9. Schwieriger sind die Fälle, in denen sich der Beklagte auf das Verfahren nicht einläßt. Art. 20 EuGVO verpflichtet das angerufene Gericht, sich von Amts wegen für unzuständig zu erklären, wenn der Beklagte mit Wohnsitz in einem anderen Vertragsstaat sich auf das Verfahren nicht einläßt und wenn die Zuständigkeit des angerufenen Gerichts sich nicht auf das EuGVO stützen läßt.


7.9.4. Mit Ausnahme der Fälle, in denen zwingende und ausschließliche Zuständigkeiten festgelegt sind, das sind die ausschließlichen Zuständigkeiten des Art. 16 (s. 7.8.) und die zwingenden Zuständigkeiten in Versicherungs- und Verbrauchersachen (Titel II, Abschnitte 3 und 4), darf der Zweirichter die Zuständigkeit des Erstrichters nicht nachprüfen, selbst wenn dieser eine Vorschrift, zu deren Einhaltung er von Amts wegen verpflichtet war, nicht beachtet oder nicht richtig angewandt hat, was durchaus in Unkenntnis der entscheidungserheblichen Umstände geschehen sein kann (Art. 28 Abs. 3 EuGVO). Auch unter dem Gesichtspunkt des "ordre public" kann der Zweirichter die Unzuständigkeit des Erstrichters nicht geltend machen und aus diesem Grunde die Anerkennung und Vollstreckung versagen, denn die Vorschriften über die Zuständigkeit gehören im Sinne des EuGVO nicht zur öffentlichen Ordnung (Art. 28 Abs. 3 EuGVO).

7.10. Für Personen mit Wohnsitz in Luxemburg, die sich auf das Verfahren nicht einlassen, gilt die Sonderregelung, daß sich das angerufene Gericht selbst dann von Amts wegen für unzuständig erklären muß, wenn an sich seine Zuständigkeit nach Art. 5 Nr. 1 EuGVO, das ist der Gerichtsstand des Erfüllungsorts, begründet wäre. Dies ergibt sich aus Art. 1 Abs. 1 des Protokolls vom 27. September 1968.
Die Nichtbeachtung dieser Sondervorschrift - sie ist in Art. 28 Abs. 1 EuGVÖ nicht aufgeführt - kann jedoch nicht wie in den anderen Fällen des Art. 20 EuGVÖ zur Versagung der Anerkennung und Vollstreckung führen. Die Gerichte Luxemburgs haben deshalb sehr korrekt auch alle Entscheidungen von Gerichten eines anderen Vertragsstaats für vollstreckbar erklärt, die in regelwidriger Anwendung der genannten Vorschriften erlassen wurden 40b.


8. Exequaturverfahren


8.2. Das EuGVO schafft für alle Vertragsstaaten ein einheitliches Verfahren, das die Zwangsvollstreckung der Entscheidungen aus einem anderen Vertragsstaat auf Antrag des Gläubigers ermöglichen soll (im folgenden "Exequaturverfahren"). Dieses Verfahren tritt an die Stelle der nationalen Verfahren und muß von den Gerichten von Amts wegen angewendet werden. Es kann auch allein zur gerichtlichen Feststellung dienen, daß eine Entscheidung anerkannt wird (Art.26 Abs.3 EuGVO).


8.4. Der durchaus gewollte Oberrasschungseffekt wird dadurch gemildert, daß nur solche Entscheidungen anerkannt und vollstreckt werden dürfen, die im Urteilsstaat in einem streitigen Verfahren ergangen sind oder zumindest zu einem streitigen Verfahren hätten führen müssen, sofern die Zustellungsvorschriften korrekt eingehalten wurden und sich der Beklagte auf das Verfahren eingelassen hätte.

8.6. Dasselbe gilt sinngemäß für die Vollstreckung öffentlicher Urkunden, die in einem Vertragsstaat aufgenommen und vollstreckbar sind (Art. 50 EuGVO). Voraussetzungen sind:
- Die Urkunde muß einen Gegenstand betreffen, der in den Anwendungsbereich des EuGVO fällt.
- Die Urkunde muß alle im Ursprungsland für die Beweiskraft erforderlichen Voraussetzungen erfüllen.
- Die Zwangsvollstreckung darf nicht gegen die öffentliche Ordnung des Vollstreckungsstaats verstoßen\textsuperscript{42}.

8.7. Das Exequaturverfahren wird vereinfacht und daher beschleunigt durch die beschränkte Anzahl der Gründe, aus denen die Anerkennung und Vollstreckung versagt werden kann (Art. 27, 28 und 34 EuGVO).

Den wichtigsten Grund bildet die Beeinträchtigung der Rechte der Verteidigung im Urteilsstaat, worauf bereits eingegangen worden ist (s. Ziff. 7.9).

8.8. Die wesentlichen anderen Versagungsgründe sind der ordre public, die Unvereinbarkeit mit Urteilen aus dem Vollstreckungsstaat oder aus einem Drittstaat, die aufgrund eines anderen Staatsvertrages zu vollstrecken sind, sowie die zum Recht des Vollstreckungsstaates in Widerspruch stehenden Entscheidungen über eine Vorfrage auf bestimmten Gebieten.

8.9. Der Zweiterichter darf die Entscheidung aus einem anderen Vertragsstaat nicht auf ihre Gesetzmäßigkeit nachprüfen (Art. 29 und 34 Abs. 3 EuGVO). Er darf, bis auf die bereits erwähnten Ausnahmen, auch die Zuständigkeit des Erstrichters nicht nachprüfen. Soweit er es aber darf, ist er an die tatsächlichen Feststellungen des Gerichts im Urteilsstaat gebunden (Art. 28 Abs. II EuGVO).
8.10. Bei der Prüfung der Frage, ob eine Entscheidung eine Zivil- und Handelssache betrifft, ist der Zweiträger nicht an die Qualifikation durch den Erstrichter gebunden\textsuperscript{43}.


8.14. In der Bundesrepublik ist dies durch das Ausführungsgesetz zum EuGVO geschehen\textsuperscript{44}. Von den ursprünglichen Vertragsstaaten haben im Übrigen nur die Niederlande ein Ausführungsgesetz erlassen\textsuperscript{45}. Zu den noch nicht in Kraft getretenen Beitrittsübereinkommen liegt bisher lediglich der Civil Jurisdiction and Judgments Act 1972 für das Vereinigte Königreich vor\textsuperscript{46}.

9. Auslegung

9.1. Abschließend sei noch kurz die wichtige Rolle des Gerichtshofes für die einheitliche Auslegung des EuGVO hervorgehoben. Seine Entscheidungen binden nicht nur die Gerichte, die eine Frage zur Auslegung im Wege der


9.4. Es sollte sich jedoch eine Lösung finden lassen, nach der grundsätzlich das Auslegungsprotokoll zum EuIPRO auf dasjenige des EuGVO abgestimmt wird. Es wäre unpraktisch und irreführend, für beide Obereinkommens unterschiedliche Vorlageverfahren zu schaffen. Auch können sich in ein und demselben Rechtsstreit Auslegungsfragen zu beiden Obereinkommen stellen.
Unter Umständen ließen sich Ausnahmen für einzelne Vertragsstaaten vorsehen, vorausgesetzt allerdings, daß die Gerichte dieser Staaten die Auslegung durch den Gerichtshof nach der bisherigen Obung befolgen, auch wenn die Frage, die Anlaß zur Auslegungsentscheidung des Gerichtshofs gab, vom Gericht eines anderen Vertragsstaats gestellt worden war.

10. Zusammenfassung

Das Vorangegangene läßt sich im wesentlichen wie folgt zusammenfassen:

10.1. Das EuGVO ist von Amts wegen anzuwenden, d.h. es ist anzuwenden, auch ohne daß sich die Parteien darauf berufen.

10.2. Voraussetzung für seine Anwendung ist allerdings, daß ein Auslandsbezug vorliegt.

10.3. Da grundsätzlich alle in den Anwendungsbereich des EuGVO fallenden vollstreckbaren Titel einschließlich vollstreckbarer öffentlicher Urkunden aus einem Vertragsstaat in den anderen Vertragsstaaten vollstreckt werden müssen, muß man bereits im Ursprungsland darauf bedacht sein, alles zu vermeiden, was möglicherweise die Vollstreckung in den anderen Vertragsstaaten verhindern könnte.

10.4. Ob der Begriff "von Amts wegen", wie ihn das EuGVO verwendet, das angerufene Gericht auch verpflichtet, die Ermittlung der entscheidungsreihblichen Tatsachen und sonstigen Umstände von Amts wegen durchzuführen, ist im Einzelfall zu entscheiden. Eine solche Verpflichtung läßt sich nicht von vornherein generell ausschließen. Sie wird aber die Ausnahme sein.

10.5. Ob und inwieweit die einzelnen Bestimmungen des EuGVO Muß-, Kann- oder Sollvorschriften sind, ergibt sich aus dem Wortlaut des EuGVO. Wo Zweifel bestehen, wird in letzter Instanz der Gerichtshof entscheiden.

10.6. Das EuGVO verdrängt in seinem Anwendungsbereich das nationale Recht.

10.7. Die nationalen Gesetzgeber müssen ihre Gesetze ergänzen und anpassen, um die reibungslose Anwendung des EuGVO zu gewährleisten.


Anmerkungen


a) ihre Gerichte unmittelbar auf den Wortlaut des Obereinkommens zurückgreifen können, und
b) Änderungen des Inhalts, der Formulierung und der Reihenfolge sowie Auslassungen und Anpassungen der Vorschriften des Obereinkommens bei seiner innerstaatlichen Inkraftsetzung vermieden werden."
14a BGBL. 1961, II, 123.
16 S. Anmerkung 3.
(b) Haager Obereinkommen vom 1. Februar 1971 über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Urteile in Zivil- und Handelssachen nebst Zusatzprotokoll vom gleichen Tage.
Beide bis 8.10.1984 nur von den Niederlanden und Portugal ratifiziert.
(c) Haager Obereinkommen vom 2. Oktober 1973 über die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Unterhaltsachen.
20 Im Vereinigten Königreich entspricht "residence" dem Begriff des Wohnsitzes. "Domicile" bedeutet dagegen nicht die Verbindung zu einem bestimmten Ort, sondern zu einem Rechtsgebiet. Diese Verbindung entsteht mit der Geburt im Vereinigten Königreich; sie kann durch Verlegen des gewöhnlichen Aufenthalts im Ausland mit der Absicht, ihn dort ständig oder doch auf unbegrenzte Zeit beizubehalten, gelöst werden.
Vgl. Bericht von Schlosser, a.a.O., S. 96; Civil Jurisdiction and Judgments Act 1982, Part V.
22 Bericht Jenard, a.a.O., S. 37; Bericht Schlosser, a.a.O., S. 123.
30 Im englischen Wortlaut heißt es "of its own motion".
Baumbach/Lauterbach/Albers/Hartmann, Zivilprozeßordnung, 43. Aufl., München 1985, Schlußanhang V 1 Bemerkung zu Art. 2 EuGVo.

Weser, Traité franco-belge du 8 juillet 1899. Etude critique, Paris-Bruxelles 1951, Titre préliminaire, Section I.


BGBl. 1952, II, 685, 953; in Kraft für die Bundesrepublik Deutschland am 3.9.1953, BGBl. 1954, II, 14.


Bericht Jenard, a.a.O., S. 56.


Siehe Anmerkung 4.
